Ressort: Lokales

Inklusion: NRW verschiebt gemeinsamen Unterricht

Düsseldorf, 21.12.2012, 08:14 Uhr

GDN - Nach der Protestwelle von Eltern, Lehrern und Kommunen gerät der Zeitplan in NRW für den Rechtsanspruch auf den gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht-behinderten Schülern in Verzug: Nach Angaben des NRW-Schulministeriums soll das Gesetz für die schrittweise Inklusion erst zum Schuljahr 2014/15 umgesetzt werden, wie die "Westdeutsche Allgemeine Zeitung" (Freitagausgabe) berichtet. Ursprünglich sollte der Rechtsanspruch bereits 2013/2014 gelten.

Bei den Betroffenen herrsche "Chaos, Verwirrung und Unsicherheit", kritisierte CDU-Schulexperte Klaus Kaiser. Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) musste Pläne, den Gesetzentwurf noch im Dezember 2012 im Landtag einzubringen, auf das Frühjahr 2013 verschieben. Angesichts massiver Widerstände sollen zunächst kritische Stellungnahmen der Verbände ausgewertet werden. Integrationsminister Guntram Schneider (SPD) betonte am Donnerstag bei der Einsetzung des neuen NRW-Inklusionsbeirats, es gelte "Sorgfalt vor Schnelligkeit". Lehrerverbände hatten kritisiert, dass die allgemeinen Schulen nicht darauf vorbereitet seien, viel mehr geistig und körperlich behinderte Kinder zu unterrichten. Der Landeschef vom Verband Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, sieht einen Bedarf für Tausende zusätzliche Sonderpädagogen. "So werden wir den Kindern nicht gerecht", klagte Beckmann. Die kommunalen Spitzenverbände drohten mit Klagen, falls sich das Land nicht stärker an den Kosten der Infrastruktur für die Inklusion beteiligt. Proteste gibt es auch von Eltern, die das Aus für zahlreiche der bisher 778 Förderschulen in NRW fürchten. Der Elternverband "Gemeinsam Lernen, Gemeinsam Leben" kritisierte hingegen, dass der gemeinsame Unterricht zunächst nur in "Vorreiterschulen" der Klassen 1 und 5 starten soll. Schulministerin Löhrmann hatte eingeräumt, dass sich die Inklusion "nicht auf Knopfdruck verwirklichen" lasse. Eltern behinderter Kinder sollen künftig die Wahlfreiheit zwischen einer allgemeinen Schule und einer Förderschule haben. Bildungsexperten halten allerdings auf Dauer zwei parallele Schulsysteme für kaum finanzierbar. Lehrerverbände fordern, dass die heutige Qualität der sonderpädagogischen Förderung gesichert bleiben müsse.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-4514/inklusion-nrw-verschiebt-gemeinsamen-unterricht.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com